

Deutsch-holländische Verhandlungen über Ermächtigung der Zolltarifpositionen.

Berlin, 8. Okt. Bereits seit einigen Tagen haben im Auswärtigen Amt Verhandlungen mit der niederländischen Gesandtschaft über Ermächtigung einiger deutscher Zolltarifpositionen, die sich auf Gartenbauprodukte beziehen, an deren Ausfuhr Holland interessiert ist, und die durch die Säge der Zolltarifnabelle besonders belastet sind, stattgefunden. Gestern ist nun eine niederländische Delegation unter Führung des Ministerialdirektors Dr. J. A. Nederbragt, Chef der Wirtschaftsabteilung im Ministerium des Aeußeren im Haag, in Berlin eingetroffen, um einen Vertrag, in dem gleichzeitig auch einige andere handelspolitische Fragen geregelt werden sollen, mit der deutschen Regierung zu vereinbaren. Zunächst wurden in einer unverbindlichen Aussprache, bei der niederländischerseits der hiesige niederländische Gesandte Baron Gebeus, deutscherseits der Wirkl. Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Markwald den Vorsitz führte, die Lage erörtert und die beiderseitigen Wünsche vorgetragen. Die Verhandlungen dürften mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Konferenz über die Umgestaltung der Rheinlandbefestigung.

Paris, 8. Okt. Der französische Ministerpräsident präsierte gestern Abend einer wichtigen Besprechung, die sich mit der Befestigung der Rheinlande bezw. mit der Umgestaltung dieser Befestigung beschäftigte. An der Besprechung nahmen teil Marschall Foch, der Oberkommandierende in den Rheinlanden, General Guillaumat, der Generalstabschef Debenay, der Kabinettschef des Kriegsministers General Jacquement, der Präsident der Rheinlandkommission Tirard und der Direktor der politischen Angelegenheiten des Quai d'Orsay Laroche. Im Verlaufe der Beratung wurde die Frage besprochen, welche Verwendung die Abteilungen der Rheinarmee nach der abschließlichen Räumung des auf Grund des Versailler Vertrages besetzten deutschen Gebietes finden würden. Die Konferenz beschäftigte sich mit einer eventuellen in langer Frist erfolgenden Rückverlegung der Truppen, da die stoffliche Räumung des linken Rheinuferes für einen Zeitraum von 15 Jahren von der Unterzeichnung des Friedensvertrages ab vorgezogen sei.

Ausbreitungen französischer Unteroffiziere.

Berlin, 8. Oktober. Aus Saarlouis wird gemeldet: In erschreckender Weise mehrten sich in der letzten Zeit die Ueberfälle des vertragswidrig im Saargebiet anwesenden französischen Militärs. Gestern durchzogen nachts 10 Uhr neunzehn französische Sergeanten grübelnd die Straßen von Saarlouis, indem sie unter Beschimpfungen die Passanten mit Faust- und Kolbenstößen von den Bürgersteigen herunterstießen oder gewaltsam an die Häuserwände drückten. Mit blanker Waffe bedrohten sich die Sergeanten in die Wirtschaft Bollmann, wo sie sich weiter austobten.

Das „Teutonengrab“ auf dem Truppenübungsplatz Döberitz.

Die Aufklärung der Hememorde, an der zurzeit die Polizei erfolgreich arbeitet, soll sich, wie der „Spandauer Zeitung“ von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, auch auf einen dritten Hememord ausdehnen, der ebenfalls im Döberitzer Lager verübt worden ist. Als die Leiche des Oberleutnants Sand aus den Klümpchen des Truppenübungsplatzes mit zerbrochenem Schädel geborgen wurde, kam dem Döberitzer Landjägerbeamten von einer angestellten Zivilperson des Truppenübungsplatzes zur Kenntnis, daß unbedingt noch eine zweite Leiche in dem Teich liegen müsse. Sie hätten einen geknebelten Mann, der nur mit einer Reithose und Tricot bekleidet und dem der Mund verbunden war, auf einem Wagen liegen sehen, der von Oberleutnant zum Teich fuhr. Der Lenker des Wagens habe Friedensuniform getragen. Der Wagen selbst sei von einem berittenen Wachtmeister begleitet worden. Während des Transportes befanden sich drei Herren in neuer Offiziersuniform auf dem Gutshof Döberitz. Nach einiger Zeit kehrte der begleitende Wachtmeister ohne das Gespann zu ihnen zurück. Der Beobachter habe gehört, daß der Wachtmeister, einem Offizier, den er mit „Durchlaucht“ und „Sei“ anredete, sagte, daß er dem Geknebelten einen Kopfschuß gegeben und ihn in den Teich verwerft habe. Die Stelle, wo er verfenkt wurde, wird als „Teutonengrab“ bezeichnet. Die verhaftete ehemalige Leutnant vom 14. am Mittwoch Senden gegenübergestellt worden. v. Senden wurde von Landgerichtsdirektor Dr. Graße vom Landgericht 3 eingehend vernommen; der Untersuchungsrichter kam zur Überzeugung, daß eine Ostentation bei den schweren Verdachtsmomenten nicht in Frage kommt. Die Anklage wird jetzt vom Ersten Staatsanwalt Jäger vertreten.

Der Kampf gegen das Deutschtum in Tirol.

Wien, 8. Oktober. Wie aus einer Mitteilung, die den „Ansbacher Nachrichten“ zugeht, zu entnehmen ist, wurden in Südtirol mit dem ersten Oktober neuerdings etwa 80 deutsche Lehrer plötzlich ihres Dienstes enthoben. Darunter sollen sich auch viele Lehrer mit langer Dienstzeit befinden, die trotzdem, ohne Bezüge und Pensionen, auf die Straße gesetzt wurden.

Direktorium in Griechenland?

Athen, 8. Oktober. Die griechische Regierung hat durch ein Dekret einen Obersten Rat der nationalen Verteidigung geschaffen, dem eine entsprechende Anzahl von Ministern und die höchsten Spitzen von Armee und Flotte angehören. Der Rat hat das Recht, Persönlichkeiten vorzuladen, die vor ihm ihre Ansichten entwickeln können. Man fürchtete in den letzten Tagen, daß über die Presse die Vorzensur verhängt werde doch erfahre ich jedoch aus amtlicher Quelle, daß keine Zensur eingeführt wird. Panagos hat auch die Presseprozesse niedergeschlagen, weil er, wie er sich selbst äußerte, keine politischen Märtyrer schaffen will.

Konzil der „Lebendigen Kirche“.

Moskau, 8. Okt. Auf dem von der sogenannten „Lebendigen Kirche“ einberufenen Konzil, das zur Wiedervereinigung mit der alten Kirche dienen sollte, aber bisher nur zu einer Vertiefung des Gegenfasses geführt hat, legte das Haupt der Lebendigen Kirche, der Metropolit Bedenski, ein Schreiben des verstorbenen Patriarchen Tichon vor, in dem dieser den Großfürsten Ahrill als den rechtmäßigen Erben des Zarenthrones anerkennt und die Thronansprüche des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch als ungesetzlich bezeichnet. Es ist natürlich die Absicht des Metropoliten, durch dieses Schriftstück die Anhänger der alten Kirche als Monarchisten zu denunzieren.

Ein russisches Unterseeboot an der estnischen Küste. Ein russisches Unterseeboot der Ruß-Klasse, das, wie verlautet, beschädigt war, ist am Mittwoch in den estnischen Hoheitsgebiet

Aus Stadt und Land.

Aue, den 9. Oktober 1925.

Beschlüsse des Gesamtministeriums.

Einberufung des Landtags-Zwischenausschusses zum 12. Okt. Der Zwischenausschuß des Landtages ist für den 12. Oktober zu einer Sitzung einberufen worden, in der drei Notverordnungen verabschiedet werden sollen. Das Gesamtministerium hat beschlossen, dem Zwischenausschuß des Landtages drei Notverordnungen, und zwar über den Landesfinanzausgleich, über eine Veränderung des Gesetzes über das staatliche Kohlenbergbaurecht sowie über die Wahlen zu den Handels- und Gewerbesteuern vorzulegen. Außerdem ist entsprechend dem früher gefaßten Beschlusse des Landtages beschlossen worden, die zurzeit noch als Korrektionsanstalt benutzte Burg Sachsendurg bei Frankenberg dem Volksbildungsinstitut zur Errichtung eines Volkshochschulheimes zu überlassen.

Hauptversammlung des Albertzweigvereins Aue.

Am 6. Oktober 1925 hielt der Albertzweigverein Aue seine Hauptversammlung ab. Die erste Vorsitzende, Frau Bürgermeister Hofmann, begrüßte die Erschienenen und trug darauf den Jahresbericht vor. Die Tätigkeit des Vereins hatte sich wieder hauptsächlich den Kleintrentnern zugewandt, an welche 1924 eine Weihnachtsspende in Höhe von 1000 Mk. verteilt wurde. An Stelle der Kassiererin, Frau Schlabing, erstattete Frau Bertha Hoffmann den Kassenbericht; er wurde richtig gesprochen und der Frau Kassiererin Entlastung erteilt. Sodann kam der dritte diesmal wichtige Punkt der Hauptversammlung: Wahl des Vorstandes. Frau Bürgermeister Hofmann lehnte selber ganz entschieden eine Wiederwahl zur ersten Vorsitzenden ab. Es wurden durch Zettel neu gewählt: Frau Frieda Raabe (1. Vorsitzende), Frau Johanne Kühnel (2. Vorsitzende), Frau Bürgermeister Hofmann (Schriftführerin) und Frau Marie Steubler (Kassiererin). Frau Bürgermeister Hofmann, unter deren wohlwolliger Leitung der Verein viel gutes gestiftet hat und eine stätliche Mitglieberzahl aufweist, wurde der herzlichste Dank des Vereins durch Frau Bertha Hoffmann ausgesprochen. Mit ganz besonderer Freude und mit Dank wurde anerkannt, daß sie noch als Schriftführerin dem Verein treu bleibt. Möge es dem Albertzweigverein Aue weiterhin vergönnt sein, in der Stille seine Liebestätigkeit fortzusetzen.

Wichtig für den Güterverkehr. In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß die Inhaltsangaben in den Frachtbriefen nicht tarifmäßig bezeichnet wird und hierdurch erhöhte Frachtsätze angewandt werden müssen. Insbesondere wird bei Kartoffeln in Ladungen der Inhalt öfter nicht so angegeben, daß der Kartoffel zur Frachtrechnung angewendet werden kann und den Abfertigungsstellen unnötige Mehrarbeiten durch nachherige Erstattungsansprüche erwachsen. Die tarifmäßige Inhaltsangabe für Kartoffeln hat zu lauten: Feinere Kartoffeln (zur menschlichen Ernährung oder zum Pflanzen oder zum Verfüttern, je nach dem Verwendungszweck) und zur Verwendung im Deutschen Reich. Jeder sonstige Tarifbezeichnung erteilt die hiesige Güterverwaltung bereitwillig Auskunft.

Annahme für Anmeldungen von Einwanderern nach den Vereinigten Staaten.

Wie das Lloyd-Neisebüro erfahren hat, nimmt das amerikanische Konsulat zu Dresden ab 16. November dieses Jahres wieder Anmeldungen für Einwanderer nach den Vereinigten Staaten entgegen. Es kommen nur solche Personen in Frage, die in dem jetzigen Gebiet des Deutschen Reiches geboren und gegenwärtig in diesem Konsulatsbezirk wohnhaft sind. (Kreishauptmannschaften Bautzen, Dresden, Chemnitz und Joidau.)

Die Anmeldungen müssen schriftlich eingereicht werden und zwar zwischen dem 15. November und 15. Dezember 1925. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Anmeldungen von den anzumeldenden Personen persönlich eingesandt werden. Listen von Agenturen und Gesellschaften werden nicht angenommen. Es ist besonders zu beachten, daß vor dem 15. November eingehende Anmeldungen keine Erlebigen finden. Es ist daher für alle in Frage kommenden Personen von besonderer Wichtigkeit, daß die Briefe mit den Anmeldungen nicht vor dem 15. November im Konsulate eintreffen. Jedem Brief muß unbedingt ein adressierter Freiumschlag für die Rückantwort beiliegen.

Jede Person, deren Anmeldung angenommen und deren Name auf der Warteliste eingetragen ist, erhält umgehend schriftlich Befehl mit Angabe der Vormerkungsnummer und des annähernden Zeitpunktes, an welchem die Erteilung des Einreisebills erfolgen dürfte. Es ist sehr wichtig, daß das Anmeldebild folgende Angaben enthält: 1. Vollständigen Namen und genaue Wohnungsadresse, 2. Geburtsdatum, 3. genauer Geburtsort mit näherer Bezeichnung, wie Amtshauptmannschaft oder Kreis usw., ferner, ob dieser Ort in dem gegenwärtigen Gebietsteil des Deutschen Reiches liegt oder nicht, 4. Beruf, 5. Name und Adresse derjenigen Personen in den Vereinigten Staaten, zu welchen man reist; ob diese Personen amerikanische Bürger sind und das Verwandtschaftsverhältnis zu diesen Personen. Alle weiteren Auskünfte in dieser Angelegenheit erteilt gern kostenlos das Neisebüro A. Hauptmann (Allgemeine Aktion), Chemnitz, Admistrasse 8.

wässern in der Revolver Wucht an die Oberfläche gekommen. Dem ernstlichen Küstenschutz erklärte der Kommandant, er habe sich vor dem Sturm in Sicherheit bringen wollen. Nach einer Stunde fuhr das Unterseeboot unter Wasser in nördlicher Richtung weiter.

Syrien?

Entgegen einer gestrigen Meldung, nach der in Syrien vollständige Ruhe herrsche, berichtet heute Hadas aus Beirut, daß die mobile Hauptabteilung des Dschibel Druß-Gebietes, die von Reffas nach Teale vorgerückt sei, zwischen Aleash und Reffas einen harten Kampf mit drussischen Streitkräften gehabt habe, wobei diese unter beträchtlichen Verlusten in die Flucht geschlagen worden seien. Die vom Sultan Atschaf einberufenen Drussensführer hätten die Fortsetzung des Kampfes beschlossen. In der Gegend von Hama herrsche Ruhe.

Geiteter Refler-Abend. Guter Humor und heitere Stimmung lassen für kurze Zeit die Sorgen und den Kummer, der geschäftlichen Verrger verkommen. Mit neuen Augen betrachtet man noch genutzten Stunden den täglichen Klein-Kram und geht mit neuer Kraft an die Arbeit. Der „Geiteter Refler-Abend“ unter der Losung „Zwei Stunden Lachen“, welcher am Mittwoch, den 14. Oktober abends pünktlich 8 1/2 Uhr im Saale des Klubhauses zu Aue stattfindet, gibt allen Besuchern Stunden köstlichen Genusses. Verjorge sich jeder rechtzeitig Karten zu diesem Abend, da der Vorverkauf schon sehr stark eingelegt hat und die Karten bald vergriffen sein werden.

Bezirksstag der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Der Bezirksstag der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg hat sich am 7. Oktober 1925 zu einer Sitzung im Ratshaus Schwarzenberg unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Kleeberg aus Schneeberg zusammengefunden. Anwesend waren 32 Mitglieder. Herr Kreisamtspräsident Dr. Jant-Weidau wohnte der Sitzung bei. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Wahl von zwei Abgeordneten und zwei Stellvertretern zum Kreisamtsauschuß. Da kein Widerspruch erfolgte, wurde die Wahl durch Zuzuf vorgenommen. Es wurden gewählt Bürgermeister Hesse-Eibenloß und Lehrer Müller-Schilling-Schneeberg als Abgeordnete und Bürgermeister Dr. Richter-Meuschel sowie Bürgermeister Heddenhauer-Bernsdorf als Stellvertreter. Der Bezirksstag beschloß weiter, den Bezirksamtsauschuß zu ermächtigen, die Jagdsteuer gemäß der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 22. Juni 1925 bezw. den noch ergehenden ministeriellen Richtlinien mit Wirkung vom 1. April 1926 ab zu ermächtigen. Der 2. Nachtrag zur Betrantssteuerordnung (Steuerbefreiung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken) fand einstimmig Annahme. Wegen Beschaffung von Ersatzsteuern für die am 1. März 1927 in Wegfall kommende Bezirksgetränksteuer Vorvertrörungen anzustellen. Der Antrag der ehemaligen reichsweiten Städte um weitere Ueberweisung von Einkommen- und Körperschaftsteuertanteilen des Bezirksverbandes sowie von dem Aufkommen an Aufwertungs- und Getränkesteuer aus dem Rechnungsjahr 1924 wurde nach lebhafter Aussprache abgelehnt. Der Bezirksstag nahm vom Bericht des Schulamtsrates für 1. Halbjahr 1925 mit Interesse Kenntnis und beschloß mit Rücksicht auf das bisherige gute Ergebnis die Schulamtspflege zur dauernden Einrichtung zu machen. Der Bezirksamtsauschuß wurde ermächtigt, mit dem Schulamtsrat unter Zugrundelegung der bisherigen Vereinbarungen einen endgültigen Vertrag abzuschließen. Der 2. Nachtrag zur Schenksteuerordnung, der sich nicht machte, um eine gleichmäßige Besteuerung der in den ehemals reichsweiten Städten eintretenden Steuerfälle zu erzielen, fand gegen eine Stimme Annahme.

Die Einwendungen der Stadt Schneeberg wegen Nichtgewährung einer Wegebaubehilfe wurden zurückgewiesen; der Stadt wurde es überlassen, ihre vermeintlichen Ansprüche im Verwaltungsstreitverfahren zur Austrage zu bringen. Dagegen wurde beschlossen, die der Stadt Schneeberg für laufende Rechnungsjahr bewilligten Wegebaubehilfe in Höhe von 9500 Mark, die in diesem Jahre nicht mehr verbauen kann, auf den nächsten Rechnungsjahr und zwar außerhalb der nächsten jährigen allgemeinen Verteilung zu gewähren.

Von der Ueberlegung des Stellenplanes für die Bezirksbeamten, der als gesund zu bezeichnenden Finanzlage des Bezirkes, dem Verkauf des ehemaligen Marmorwerkes Fürstentberg durch den Bezirksverband und dem Umbau des Gutshauses im Bezirksamt wurde Kenntnis genommen. Zustimmung wurde erteilt zum Umbau des Marmorwerkes Fürstentberg zu einem Kinderheim für 40 Kinder, sowie zum Umbau des Gutshauses im Bezirksamt. Die gesunde Finanzlage des Bezirksverbandes ermöglicht es, daß neben den Ausgaben für die vorerwähnten Zwecke den Sozial- und Kleintrentner des Bezirkes eine Winterbeihilfe aus Bezirksmitteln in Höhe von 10 Mark pro Kopf bewilligt und außerhalb dem Bezirksamtsauschuß Ermächtigung erteilt werden konnte. gegebenenfalls von der Einhebung der Bezirksumlage für die Monate Februar und März 1926 abzusehen. Die Beschaffung eines Operationstisches im Bezirksamt wurde ein Betrag von 1000 Mark nachträglich in den Haushaltsplan eingestellt.

Die Errichtung des Arbeitsnachweises in Johanngeorgenstadt wurde einstimmig genehmigt, die Sagung hierfür in der vorgeschlagenen Form angenommen und als Vorsitzender Amtshauptmann Dr. v. Schwarz, als Stellvertreter Stadtrat Unger in Johanngeorgenstadt gewählt.

Der Antrag der Ortsgruppe Johanngeorgenstadt zur Gewährung eines Darlehns zur Errichtung einer Gendherberge in Johanngeorgenstadt wurde dem Bezirksamtsauschuß zur wohlwollenden Entschädigung überwiesen.

Reffel
Bar
durch
Mann
Mor
Cafes
fünt
stellte
vord
nend
Sch
lehgen
fend
händ
her
gefau
hatte
ihre
eine
Schuß
zu
Schm
Vorze
nerzta
wurde
u
Lote
gem
Tobi
Wons
Manns
ihm
geste
Herbe
an
fief.
Die
falt
unbe
dah
er
der
Betr
Mori
Donner
Woll
an
ein
Burs
los.
Der
aus
der
s
und
verle
Schar
de
Täter
de
Kirche
um
einen
taus
Bestes
auf
haltung
zum
ten
hatte
verantw
sächlich
ges
such
reich
verpfl
tungser
von
Neu
Auff
Wacht
zum
Rassen
mann-
Schul
an
schüler
verhaft
Urban
Teil
ber
Die
wurde
aufgegr
trug
In
zu
der
dem
leer
Bahnhof
sie
Rauba
ein
13jäh
tuscher
Wende
die
gelebt
hat
Unte
D
Urber
1925
1927
B
Hau
Hirtar
un
immer
der
Nachfal
kleinen
Kessel.
Die
stellte
Zee
am
Ehrlid
nur
über
„Und
„Dan
gereigt,
al
Person:
ich
wünsch
„Muf
„Ja!
komme,
an
eben
etwa
sagen!“
Unter
Über
in
ein
mann
stell
Vater
mei
Baru
sch
Doch
auf
jedes
suchen.
Dartm
vorbereit
Dand.
Es
nächst
„Ja
I